

## Politischer Kurzbericht

# Das Europäische Parlament hat grünes Licht gegeben für den EU-Beitritt Rumäniens

von

**Dr. Günter W. Dill/Georgeta Voinea**

Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bukarest

Bukarest, im April 2005

Mit großer Mehrheit (Rumänien: 493 Ja-Stimmen, 93 Nein-Stimmen bei 71 Enthaltungen; Bulgarien: 522 Ja-Stimmen, 70 Nein-Stimmen, 69 Enthaltungen) hat das Europäische Parlament am 13. April den Weg freigemacht für die Aufnahme Rumäniens und Bulgariens in die Europäische Union. Nach den bisherigen Planungen soll der Beitritt am 01. Januar 2007 erfolgen. Am 25. April wird in Brüssel von den beiden Regierungen der Beitrittsvertrag unterzeichnet.



Vor der Abstimmung über den Beitritt gab es noch erhebliche Auseinandersetzungen zwischen Parlament und Rat im Hinblick auf die Wahrung des Haushaltsrechts des

Parlaments, insbesondere im Hinblick auf die Mittelvergabe an Bulgarien und Rumänien nach dem Beitritt bis zum Ende der Legislaturperiode 2009 (immerhin geht es um Kosten für den Beitritt beider Länder im Zeitraum 2007-2013 von rund 44 Mrd. Euro; zum Vergleich: 2005 hat der EU-Haushalt ein Volumen von 105 Mrd. EURO).

Buchstäblich in letzter Minute vor der Abstimmung am 13. April konnte eine Einigung erzielt werden, die die Rechte des Parlaments sichert, gleichzeitig auch seine Einbindung in das Monitoring der Fortschritte beider Länder bei der Erfüllung der Bedingungen für die EU-Mitgliedschaft. Ohne Zweifel haben hier deutsche Abgeordnete der EVP-Fraktion einen entscheidenden Beitrag zu diesem Ergebnis geleistet.

Ohne dieses Resultat wäre die Zahl der Nein-Stimmen vermutlich noch erheblich höher ausgefallen: von den 49 CDU- und CSU-Abgeordneten haben 3 (*Hans-Gert*

*Pöttering, Elmar Brok und Alfred Gomolka*) mit Ja gestimmt, 35 Abgeordnete mit Nein (darunter alle CSU-Abgeordneten) bei 11 Enthaltungen.

Dabei lassen sich bei der Begründung des Abstimmungsverhaltens doch signifikante Abweichungen festhalten: So plädierten die beiden Gruppenvorsitzenden *Hartmut Nassauer(EVP-ED/CDU)* und *Markus Ferber(EVP-ED/CSU)* angesichts der für sie eklatanten Defizite bei der Erfüllung der Beitrittskriterien (insbesondere bei der Korruptionsbekämpfung und im Justizwesen) für „eine *endgültige Entscheidung erst nach der Vorlage des nächsten Beitrittsberichts der EU-Kommission im November 2005*“ .

Demgegenüber hielt der Abgeordnete *Langen (EVP-ED/CDU)* eine *Rückstellung der Vollmitgliedschaft für Bulgarien und Rumänien bis etwa 2009* –evtl. dann gemeinsam mit Kroatien- für weitaus vernünftiger.

Interessanterweise verlangte auch der Vorsitzende der Grünen-Fraktion, *Daniel Cohn-Bendit*, im Interesse Rumäniens eine *Verschiebung der Abstimmung*:

“Wenn wir die Sache der Pressefreiheit und der Korruption ansehen, wenn wir all das, was wir jetzt selbst in dem Bericht

festgestellt haben, ernst nehmen, dann kann doch niemand sagen, in dieser Situation kann Rumänien beitreten.“

Für den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, *Elmar Brok*, ist das *klare Votum für den Beitritt Bulgariens und Rumäniens in seiner Tragweite weitaus positiver zu sehen*, insbesondere im Hinblick auf die Wahrung der Interessen des Europäischen Parlaments beim weiteren Beitrittsprozess:

„Die vom EP heute ausgesandte Botschaft ist klar: Rumänien und Bulgarien müssen ihre Hausaufgaben weiter machen und die noch bestehenden Defizite bei der Erfüllung der Beitrittskriterien erfüllen. Gleichzeitig hat das Parlament dem Rat deutlich zu verstehen gegeben, dass es sich bei der Wahrung seiner Rechte und Kompetenzen weder beim Haushalt noch im Beitrittsverfahren durch die kalte Küche entmachen lässt..... Die schriftliche Zusicherung der EU-Kommission, das Europäische Parlament auch in den weiteren Beitrittsprozess jederzeit voll einzubeziehen, sichert dessen demokratische Kontrollbefugnis bis zum Beitritt ohne Einschränkungen ab. Insofern kann man den heutigen Tag in der Tat als einen Sieg des Europäischen Parlaments und damit als historisch bezeichnen...“

In einer die Parlamentsabstimmung begleitenden Resolution würdigte das Parlament im Falle Rumäniens die bereits durchgeführten Reformen und die weiter eingegangenen Verpflichtungen, z.B. zur *Stärkung der Medienfreiheit* oder im Hinblick auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der Roma-Minderheit. Gleichzeitig wird die *Überwindung folgender Defizite* angemahnt:

- effektive Implementierung von *Verwaltungs- und Justizreformen*,
- weitere ernsthafte Anstrengungen im *Kampf gegen Korruption*,
- *Beseitigung von Gewalt und Diskriminierung gegen Minoritäten*,
- Verbesserung der *Behandlung psychisch Kranker*,
- Effektivierung der *Grenzkontrollen*,
- *Reduzierung staatlicher Industriesubventionen* und
- *Stärkung des Umweltschutzes*.

Vor dem Hintergrund der doch erheblichen Anzahl von Nein-Stimmen bzw. Enthaltungen bei der Abstimmung im EP sollte man gelegentlich auch einmal nach den Stimmungen in der Bevölkerung fragen. Dass rund vier Fünftel der

Rumänen EU-Bürger sein wollen, ist die eine, in vielen Umfragen konstant bestätigte Seite. Aber wollen die EU-Mitglieder auch Rumänien an ihrer Seite?

In einer vom Wall Street Journal Europe vor erst zwei Jahren in Auftrag gegebenen Umfrage der GfK, „Future of Europe“, gibt es eine schlüssige Antwort auf diese Frage: Danach waren lediglich 41%(!) der EU-Bürger für einen Beitritt Rumäniens. Damit gehörte das Land zur Kategorie der „unerwünschten“ Länder, Seite an Seite mit der Türkei und Russland, die nur von 38% der repräsentativ Befragten für EU-würdig gehalten werden.

Besonders zugeknöpft im Hinblick auf Newcomer in der EU zeigten sich die befragten Deutschen: Mehr als die Hälfte (60%) wollten lediglich Ungarn als neues EU-Mitglied. Nur knapp die Hälfte auch Tschechien und Polen.

Befragt nach Rumänien wird nun das ganze Ausmaß der Abneigung deutlich: Für die Deutschen waren sogar die Türken eher willkommen (30% dafür) als die Rumänen (lediglich 22%).

Daran dürfte sich bis heute nur wenig geändert haben. (Am rumänienfreundlichsten übrigens im Hinblick auf einen EU-Beitritt zeigten sich in dieser

Umfrage besonders die Dänen(65%) und die Italiener(60%)).

Wie hat Rumänien auf die Abstimmung im Europäischen Parlament reagiert? Die Entscheidung des EP wurde in Bukarest nur mit verhaltenem Jubel zur Kenntnis genommen. Regierung und Öffentlichkeit sind sich zwar bewusst, dass die Entscheidung ein großer Vertrauensvorschuss ist; sie wissen aber auch, wie viel Anstrengungen noch erforderlich sein werden, um die Auflagen der EU in den bis zuletzt strittigen Themen - gemäß den eigenen Zusagen – fristgerecht zu erfüllen.

Insofern überwogen auch in den ersten Kommentaren der rumänischen Politiker – von Präsident Basescu bis in die Reihen der Opposition - und der Medien neben der verständlichen Genugtuung über das Abstimmungsergebnis auch manche nachdenkliche Stellungnahmen, die allesamt aber in der Aufforderung gipfelten, den eingeschlagenen Reformkurs mit allen Kräften fortzusetzen und die Vorbehalte und Einwände der Kritiker aus dem Parlament in Straßburg ernst zu nehmen.

Premierminister Tariceanu und Außenminister Ungureanu würdigten insbesondere die bisherigen (und

hoffentlich auch zukünftigen) konstruktiven Beiträge der staatlichen und vor allem auch der nichtstaatlichen Akteure, Rumänien für den EU-Beitritt fit zu machen. Tariceanu kündigte auch – was schon längst überfällig war- eine Informationskampagne mit zweifacher Stoßrichtung an: zum einen sollen die rumänischen Bürger über Inhalte, Rahmenbedingungen sowie ihre Rechte und Pflichten als EU-Bürger in Kenntnis gesetzt werden, zum anderen sollen auch die übrigen EU-Bürger seriös und umfassend über Rumänien informiert werden, was angesichts der erwähnten Stimmungslage, die durch ein Mix aus Unkenntnis und Vorurteilen gegenüber Rumänien geprägt ist, auch zwingend notwendig sein wird.

Wenn auch Meldungen und Kommentare über die Abstimmung des EP schon bald aus den Schlagzeilen verschwanden, zeigte schon ein flüchtiger Blick in die Tages- und Wochenblätter, dass man sich zunehmend mit den Voraussetzungen und erwartbaren Auswirkungen des EU-Beitritts beschäftigt. Ernst zu nehmende Kommentatoren bezweifeln allerdings, ob die von den Europaparlamentariern angemahnte Intensivierung und Beschleunigung des Kampfes gegen die Korruption schon bis zum nächsten EU-Kommissionsbericht im Herbst die

erwünschten Ergebnisse überhaupt bringen können.

Vereinzelte werden auch die absehbaren Folgen des Beitritts für die rumänische Landwirtschaft thematisiert, für die die Integration in ein hochtechnisiertes und hocheffizientes europäisches Agrarumfeld zweifellos einen Choc mit sich bringen wird. Auch beginnt man langsam, sich und die Leser über die Integrationserfahrungen und -probleme der künftigen EU-Nachbarn zu informieren.